

# KOLLOQUIUM FÜR GÜNTER BUCHSTAB

## **Zeitgeschichtsschreibung durch Zeitgenossen. Beobachtungen zu den Entwicklungsphasen neuerer und neuester deutscher Zeitgeschichte**

*Vortrag auf dem Symposion  
„Archiv und christliche Demokratie in Politik und Zeitgeschichte“  
zu Ehren von Günter Buchstab, 25. März 2009, Sankt Augustin*

**Von Hans-Peter Schwarz**

Unser Symposion hat ein weitgefasstes Thema, die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung, und eine sehr verdiente Persönlichkeit, die heute damit geehrt werden soll, Dr. Günter Buchstab. Im Rahmen meines Vortrags wird an geeigneter Stelle, aber eher kursorisch, verschiedentlich auf das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) und die Leistungen von Herrn Buchstab einzugehen sein. Allerdings werde ich mich diesbezüglich zurückhalten, um den folgenden Rednern nichts vorwegzunehmen. Da ich aber nicht ganz auf das öffentliche Lob an die Adresse von des Geburtstagskindes Günter Buchstab verzichten möchte, sei es mir gestattet, aus einem längeren Brief, der ins „*liber amicorum*“<sup>1</sup> integriert worden ist, wenigstens eine kurze Passage zu verlesen, sie lautet: „Historiker oder Politologen, die sich dem Studium der Zeitgeschichte verschrieben haben, kennen den Wert von Zeitzeugen. Ich selbst darf in aller Bescheidenheit anmerken, dass ich ein solcher Zeitzeuge bin, der seit gut 30 Jahren das Wachstum des Archivs und aller damit verbundenen Bereiche von Anbeginn an als vergleichsweise fleißiger, ganz sicher aber dankbarer Benutzer verfolgen konnte. Somit mögen Sie mir glauben, lieber Herr Dr. Buchstab, dass ich Ihre langjährige Leistung an der Spitze des Archivs, auch das, was Sie in den vorangegangenen Jahren initiiert haben, schlicht und einfach bewundere. In diesen langen Jahrzehnten haben Sie ein Lebenswerk geschaffen, auf das Sie stolz sein können und ganz gewiß auch stolz sind.“

Zeitgeschichtsforschung bedarf nun einmal der riesigen Archive und an deren Spitze leidenschaftlicher Großmeister, die daran bauen. Sie, lieber Herr Dr. Buchstab, sind einer von diesen und deshalb ist Ihr Name auch unauflös-

---

<sup>1</sup> *Actorum Princeps. Günter Buchstab in Zeugnissen von Zeitzeugen. Gesammelt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ACDP, Sankt Augustin 2009, maschinenschriftl. MS in: ACDP.*

lich mit der deutschen Zeitgeschichtsforschung verbunden, der ich mich jetzt auftragsgemäß zuwende.

Fürchten Sie dabei, meine Damen und Herren, keinen ermüdenden, allseits abgewogenen Forschungsbericht, wie man ihn einer Evaluierungskommission zu Füßen legt oder einer vom Bund oder von der Industrie finanzierten Stiftung unterbreitet, die gleich dem Drachen Fafnir über den Zugang zu Geldtöpfen wacht. Wer selbst Forschung betreibt und auch sein Scherflein zum Editions-wesen beigetragen hat, ist vielleicht doch berechtigt, ohne großes methodologisches Wassertreten einfach zu skizzieren, was ihm heutigentags beim Blick auf die deutsche Zeitgeschichtsforschung auffällt, was erwähnenswert scheint und vielleicht auch optimierungsbedürftig.

Dabei möchte ich die klassischen Felder bundesdeutscher Zeitgeschichtsforschung im Geschwindigkeitsschritt durchheilen: Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, die Besatzungszeit und die lange Geschichte der Bundesrepublik von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Zum Schluss will ich auf ein paar Forschungsdesiderate aufmerksam machen.

Da dieses Symposium von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wird, mag es legitim sein, das Thema bundesdeutscher Zeitgeschichte auf das Archiv für Christlich-Demokratische Politik zu beziehen. Unnötig zu sagen, dass die Zeitgeschichtsforschung verschiedenste Zentren und individuelle Forscher hat, von wo aus – mit Max Weber zu sprechen – „auf einen stets wechselnden endlichen Teil des ungeheuren chaotischen Stromes von Geschehnissen, der sich durch die Zeit dahinwälzt“ Licht fällt.<sup>2</sup> Bewusst oder weniger reflektiert werden die Scheinwerfer des Erkenntnisinteresses immer auch von Wertvorstellungen geleitet. Aber man übertreibt nicht mit der Feststellung, dass die einstmalige Bundeshauptstadt Bonn im allgemeinen sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Archiv und mit den darauf gestützten oder dort angedockten Arbeiten im besonderen während der inzwischen schon langen Jahrzehnte der Bundesrepublik eine Art historiographischer Leuchtturm war und immer noch ist, von dem vieles erhellt wurde.

Warum muss man mit der Weimarer Republik beginnen? Wir alle wissen das. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik diente sie gewissermaßen als Negativfolie, wann immer sich Politik und Geschichtswissenschaft vor Gefahren für den Bestand der erneuerten Demokratie fürchteten oder sich der Erfolgsgeschichte vergewissern wollten. Tatsächlich hat die bundesdeutsche Zeitgeschichte mit den darstellerischen und analytischen Auseinandersetzungen zur Weimarer Republik begonnen.

Dafür waren aber nicht allein volkspädagogische Motivationen maßgeblich, an denen es allerdings nie gefehlt hat. Die Jahre 1950, 1955 oder 1960, als die

---

2 Max WEBER, „Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher Erkenntnis“ (1904), in: DERS., *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*, Stuttgart 1956, S. 216.

wissenschaftlichen Untersuchungen und dann die Editionen über Weimar in Gang kamen, waren zugleich eine Epoche der Zeitgenossen. Die Historiker, die sich auf dieses neue Feld einließen, waren Zeitzeugen, und viele Politiker mittleren oder schon fortgeschrittenen Alters (auch die wenig zahlreichen Politikerinnen) waren ehemalige Weimaraner, die sich vorgenommen hatten, es diesmal besser zu machen als zwischen 1919 und 1933.

Der Zeitgenosse als Historiker und die Objekte seiner Historiographie als Zeitzeugen – dies unterscheidet die moderne Zeitgeschichte ganz wesentlich von der Geschichtsschreibung über frühere Phasen. Zeitgeschichte wird überwiegend von Zeitgenossen geschrieben, die mit dem Objekt und den Objekten ihrer wissenschaftlichen Darstellungen noch persönliche Erinnerungen verbinden, somit den einstmaligen Zeitgeist doch vergleichsweise zuverlässiger einzuschätzen vermögen als nachgeborene Generationen und die auch den großen Vorteil haben, frühere Akteure befragen können. Zugleich aber wird die Zeitgeschichte auch in starkem Maß für Zeitgenossen geschrieben, die von vergleichsweise objektiv urteilenden Historikern erfahren möchten, wie es eigentlich gewesen ist.

Dazu nur ein einziges Beispiel: Einer derer, die genau wissen wollten, warum die Weimarer Republik Anfang der dreißiger Jahre in den Orkus versank, war ein Mann aus dem Jahrgang 1918 – Helmut Schmidt. Einer derer, die dieser Erwartung entsprachen, war ein Mann aus dem Jahrgang 1922 – Karl Dietrich Bracher. In einem seiner Erinnerungsbücher schrieb Helmut Schmidt: „Brachers Erstlingswerk ‚Die Auflösung der Weimarer Republik‘, 1955 erschienen ... hat noch im gleichen Jahr einen tiefen Eindruck gemacht. Gestützt auf eine Fülle gut recherchierter Tatsachen, wurde hier zum allerersten Mal in Deutschland ausführlich und mit großer Sorgfalt vorgetragen, auf welche Weise, durch wessen Handeln, durch wessen Unterlassungen und durch wessen Schwäche es möglich war, daß der erste deutsche Demokratieversuch schon nach einem Dutzend Jahren scheiterte und Hitler und die Nazis die Macht an sich reißen konnten.“<sup>3</sup>

Mit diesen Worten ist bereits eine der leitenden Fragestellungen bundesdeutscher Weimar-Forschung umrissen – die Frage nach den Fehlern von SPD, USPD, Zentrum, DDP und DVP, auf denen anfangs die Weimarer Republik beruhte, aber auch die Rolle der Republik-Feinde: Kommunisten, Deutschnationale, Nationalsozialisten. Bekanntlich hat sich damit auch noch ein weiterer Fragenkomplex verbunden: Wie gewichtig und verhängnisvoll war das, was man den deutschen Sonderweg genannt hat? Dabei traten die vorhergehenden Jahrzehnte ins Blickfeld: der gescheiterte national-liberale Ansatz der Paulskirche, das Kaiserreich und der Erste Weltkrieg. Dazu kam eine dritte, gleichfalls erkenntnisleitende Fragestellung der Weimar-Forschung – die nach der Bedeu-

---

3 Helmut SCHMIDT, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 129.

tung der Generationsprägung: Generationsprägung durch Sozialisierung im Kaiserreich, Generationsprägung durch die Jugendbewegung und Generationsprägung durch den Ersten Weltkrieg.

Doch lassen wir die Fragestellungen und Thesen. Der Hinweis auf Helmut Schmidt und Karl Dietrich Bracher zeigt, dass selbst aus Personen, die während der dramatischen Vorgänge im Winter und Frühjahr 1933 erst 14 und 11 Jahre alt waren, nach einigen Jahrzehnten Zeitzeugen werden. Ihre Zeitgenossenschaft stützt sich dabei vielfach auf das, was man gelegentlich die Untergrunds-Geschichtsüberlieferung im Elternhaus genannt hat, doch auch auf Gespräche mit Älteren, die über Erfahrungen aus erster Hand zu berichten wussten. Wie prägend solche Berichte von Älteren sind, hat übrigens unlängst auch Helmut Kohl in Erinnerung gerufen, als er im ersten Band seiner Memoiren davon berichtete, wie stark ihn nach der Vernichtung des Dritten Reiches als 15 oder 16 Jahre alten Schüler die Erzählungen der Gebrüder Johannes und Albert Finck beeindruckten, die beide in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen waren und nun den Nachwuchs über deren Leistungen und Fehler instruierten.<sup>4</sup> Auch andere lange Zeit maßgebliche Weimar-Forscher – beispielsweise nenne ich nur Rudolf Morsey – wurzelten lebensgeschichtlich in der Weimarer Republik und in den Anfängen des Dritten Reiches. Sie lehrten und schrieben natürlich auch schon für eine jüngere Generation. Aber als Forscher bewegten sie sich doch noch stark unter Zeitgenossen, die deshalb ihre Studien auch mit besonderer Aufmerksamkeit lasen.

In diesem Kontext ist auch ein Hinweis auf das ACDP und auf die Akquisitionspolitik von Günter Buchstab geboten. Den personellen und weltanschaulichen Kontinuitäten (dies ungeachtet der wohlbekannten Unterschiede) zwischen dem Zentrum und der CDU trägt natürlich auch die archivalische Sammlungstätigkeit hier in Sankt Augustin Rechnung, ebenso die Einbeziehung entsprechender Darstellungen in die Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ oder in die HPM.

Wer die Mentalitäten, auch die politische Kultur der Frühzeit der Bundesrepublik, doch selbst noch der mittleren Periode bis in die Ära Kohl hinein angemessen verstehen möchte, wird jedenfalls die Lehren, die Traditionen und die personellen Kontinuitäten von Weimar nach Bonn in Betracht ziehen müssen. Welche Gefahren, so fragten die Historiker, die politische Klasse und sonst wie politisch bewusste Bürger, galt es zu vermeiden, die sich zwischen 1919 und 1933 als verhängnisvoll erwiesen hatten? Was musste anders, was besser gemacht werden? Weimar-Forschung und Renaissance der Demokratie in der jungen Bundesrepublik waren untrennbar miteinander verbunden.

Heute allerdings verschwimmt die Weimarer Republik in den bereits ferneren Epochen der neueren Geschichte. Bedeutende Werke jüngerer Forscher

---

4 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1932–1982*, München 2004, S. 50–53.

wie beispielsweise Wolfram Pytas *Hindenburg-Biographie*<sup>5</sup> fußen ganz und gar allein auf dem Aktenstudium und, im Falle Hindenburgs, auch auf den Bildquellen der damals schon als Propagandainstrument eingesetzten Kinematographie. Ohnehin hat die Forschung wieder und wieder gezeigt – ich habe das eben schon angedeutet – dass die Labilität der Demokratie von Weimar unverständlich wäre, würde man die existentiellen Erschütterungen der Weltkriegsjahre und der Inflationszeit nicht mit einbeziehen, aber auch die unterschiedlichen ideologischen Strömungen in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs. Die schwankenden, vielfach unsicheren Träger der Weimarer Demokratie, doch auch die noch nicht enttarnten politischen Monster, die ihr schließlich den Garaus machten, sind alle in den vorangegangenen Jahrzehnten sozialisiert worden und dann vom Kriegserlebnis nicht mehr losgekommen. Beim Blick auf diese Personen und Personengruppen tauchte und taucht das klassische Forschungsfeld „Weimar“ der bundesdeutschen Zeitgeschichte ganz selbstverständlich in die weiteren Horizonte der neueren Geschichte ein.

Wie aktuell die Erinnerung an Weimar jedoch plötzlich wieder werden kann, beweisen die letzten Monate. Jedermann schreibt nun oder spricht über den schwarzen Freitag der Wallstreet im Oktober 1929, fürchtet eine ähnlich induzierte langjährige Depression und denkt, man müsse dem schleunigst mit keynesianischen Konjunkturprogrammen begegnen. Ein schärferer Blick auf die damalige deutsche Wirtschaftsgeschichte könnte jedoch vor allem die Unterschiede erkennen lassen. Die amerikanische Bankenkrise vom Oktober 1929 brauchte eine längere Zeit, bis sie 1931 in Österreich angekommen war und von da an auch das deutsche Bankensystem in Mitleidenschaft zog. Doch auch die globale und europäische Zusammenarbeit der Regierungen ist heute – sagen wir: 10<sup>10</sup> mal – dichter als damals. Gerade der Vergleich mit Weimar lässt also erkennen, wie viel sich seither verändert hat – ob auf längere Sicht zum Besseren, bleibe dahingestellt.

Heute verhält es sich mit der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Geschichte der Weimarer Republik wie beim Blick auf die fernen Gebirgsmassive der Alpen. An normalen Tagen liegen sie weit, weit weg im Dunst. Doch wenn der Föhn einbricht, rücken sie urplötzlich ganz nahe – fast mit Händen zu greifen.

Anders als die im historiographischen Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit weitgehend verblassten 14 Jahre von Weimar wirken die zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur und der Zweite Weltkrieg wie aktuellste Gegenwart. In der Frühzeit bundesdeutscher Zeitgeschichte setzte die Forschung über die Weimarer Republik und über das Dritte Reich gleichzeitig ein, aus gutem Grund, denn beides hing untrennbar miteinander zusammen. Dementsprechend waren die ragenden Gestalten der zeitgeschichtlich arbeitenden His-

---

5 Wolfram PYTA, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.

toriker, die einer wissenschaftlichen Erhellung des Nationalsozialismus den Weg ebneten, weitgehend dieselben wie diejenigen, die über die Weimarer Republik arbeiteten. Die Beschäftigung mit dem Dritten Reich führte aber zugleich zu einer strukturanalytischen Ausweitung der Fragestellungen auf nicht-deutsche zeitgenössische politische Systeme. Was war das grundlegend Neue an den populistischen Diktaturen in Italien und Deutschland? Welche vergleichbaren Herrschaftstechniken und terroristischen Mentalitäten wiesen das Dritte Reich und die stalinistische Sowjetunion auf? Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede ließen sich beim Blick auf den italienischen Faschismus und die Phänomenologie der NS-Diktatur zwischen 1933 und 1939 erkennen? Überhaupt: War es nicht geboten, diese neuen Ausprägungen tyrannischer Herrschaft mit einer neuen Begrifflichkeit zu erfassen, für die sich der Terminus „Totalitarismus“ anbot?

Auch hier war es die Zeitgenossenschaft, von denen die Fragestellungen der Forschung gesteuert wurden – Zeitgenossenschaft der in den dreißiger Jahren emigrierten Politologen, Zeitgenossenschaft jüngerer Forscher, die familiär oder individuell eine NS-Geschichte mit sich herumschleppten, Zeitgenossenschaft jüngerer Historiker, die aus antinazistischen Zentrumsfamilien, SPD-Familien, liberalen oder konservativen Familien stammten, aber auch aus KPD-Familien, Zeitgenossenschaft der Hitlerjugend- und der Kriegsgeneration, die völlig desillusioniert und zu den Werten einer politisch moderaten Demokratie bekehrt aus Krieg und Gefangenschaft kamen. Ich erspare es mir, Namen zu nennen, möchte aber zumindest andeuten, dass ähnlich wie bei der Weimar-Forschung die existentiellen Antriebe der Zeitgenossenschaft auf die bundesdeutsche NS-Forschung beträchtlich gewesen sind.

Blickt man allein auf die Ereignisgeschichte, die Befunde der Strukturanalyse und der Organisationsgeschichte, die Ideologiekritik oder die Mentalitätsforschung, so ist die Feststellung wohl berechtigt, dass die NS-Forschung ein gutes Vierteljahrhundert brauchte, um in allen Dimensionen ein klares Bild zu ermitteln. Seither hat sie sich in alle Verästelungen der NS-Diktatur und der Gesellschaft in den fatalen zwölf Jahren ausgedehnt. Diesbezügliche Regional- und Lokalforschungen, Studien zu verschiedenen NS-Organisationen, zu den Unterdrückungs- und Vernichtungsapparaten, zur Justiz, zur Wehrmacht, zu den Kirchen, Universitäten, Vereinen, Schulen, Wirtschaftsunternehmen und Kommunen im Dritten Reich, Studien zu den Entwicklungsphasen der bis weit in den Krieg hinein von mehrheitlichem Konsens getragenen Tyranis – das alles füllt ganze Bibliotheken. Grundsätzlich neuer Erkenntnisgewinn ist seit Mitte der achtziger Jahre kaum mehr zu erbringen, es sei denn, man weist, wie das bis heute praktiziert wird, beim Blick auf jede Stadtverwaltung, jede Armee an der Ostfront, jedes Gymnasium, jede Fakultät, jeden Verband und jede Unternehmung detailliert nach, dass die dort tätigen Deutschen natürlich vielfach NS-kontaminiert, rassistisch,

opportunistisch, häufig zur Brutalität disponiert und für das Leid der Verfolgten unempänglich gewesen seien. Genauso hat die heute bis in die feinsten Verästelungen reichende Widerstandsforschung etwa seit Mitte der achtziger Jahre gleichfalls keine grundlegend neuen Erkenntnisse mehr erbracht.

Vergleicht man beispielsweise die konzise Gesamtdarstellung Michael Burleighs vom Ende des vergangenen Jahrhunderts, die neueste, ziemlich breitgetretene dreibändige britische Darstellung von Richard J. Evans oder die gleichfalls nicht mit umwerfend neuem Forschungsertrag aufwartende zweibändige Hitler-Biographie<sup>6</sup> von Ian Kershaw mit den, wie wir wissen, durchaus heterogenen 20 und 25 Jahre älteren Arbeiten von Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Martin Broszat, Joachim Fest, Hans Mommsen oder Hans Buchheim, so möchte man meinen, dass der Erkenntnisertrag der neueren NS-Forschung nicht mehr besonders hoch zu veranschlagen ist. Und vergleicht man die letzte Auflage des souveränen Grundrisses<sup>7</sup> von Klaus Hildebrand aus dem Jahr 2003 mit den früheren Auflagen, kommt man gleichfalls zum Schluss, dass die NS-Forschung im letzten Vierteljahrhundert zwar in die Breite gewachsen ist, ohne aber stark an Tiefe zu gewinnen. Wäre das Thema nicht so deprimierend, möchte man fast mit Goethe feststellen: „getretner quark / wird breit, nicht stark.“

Dennoch hat sich bezüglich der nationalsozialistischen Epoche nicht jene Entwicklung vollzogen, wie sie für die Weimar-Forschung zu beobachten ist. Der Geschichte des Dritten Reiches wird in der Forschung, in der akademischen Lehre, in den Medien und im politischen Raum ein sehr viel breiterer Raum eingeräumt als derjenigen anderer Epochen. Die Gründe dafür sind allbekannt und bedürfen keiner detaillierten Erörterung. Nur auf einen einzigen Aspekt sei hingewiesen.

In der Bundesrepublik hat die Erinnerung an die polit-kriminellen Untaten des Nationalsozialismus seit den achtziger Jahren bekanntlich Eingang in die Versuche gefunden, für die Bundesrepublik eine Art Zivilreligion zu konstruieren mit rituellem, jährlichem Gedenken, mit der Pflege und dem Bau von Erinnerungsorten, die von einer Klerisei von Historikern und Museumspädagogen gewartet werden, mit Heranziehung der Lehrer, die zur NS-Heimatkunde anregen, mit Medien-Gedenken, mit strafbewehrten Tabuisierungen analog einstmaligen Verboten des Frevels gegen religiöse Überzeugungen und vielem anderem mehr.

Seit den Tagen Rousseaus und Robespierres sind Zivilreligionen bekanntlich sehr problematische Konstrukte. Bald haben sie sich mit freien, bald mit unfreien politischen Systemen verbunden. Schlimmstenfalls – so war das bei

---

6 Ian KERSHAW, *Hitler*, Band 1–2, München 2002.

7 Klaus HILDEBRAND, *Das Dritte Reich* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 17), 6. neu-bearb. Aufl., München 2003.

den italienischen Faschisten, bei den Leninisten und Stalinisten im Ostblock oder bei den Nationalsozialisten – sollen sie totalitären Verirrungen und Verbrechen quasi-religiöse Weihe verleihen. Doch selbst die Zivilreligionen von Demokratien (etwa die der Vereinigten Staaten) sind höchst ambivalente Phänomene, in denen es selten an Beimischungen von Narretei und Intoleranz fehlt.

An die Stelle der zivilreligiösen Verherrlichung der Totalitarismen ist heute im westlichen Europa, zumal in der Bundesrepublik, das wohlgemeinte Bestreben getreten, sich der eigenen zivilreligiösen Rechtschaffenheit zu versichern, indem man die polit-kriminellen Zivilreligion der Nationalsozialisten, Faschisten (mehr sotto voce auch der Kommunisten leninistischer Observanz) im Nachhinein verflucht. In unseren größtenteils säkularisierten Demokratien werden diese verworfenen Regime rituell verteufelt, so wie einstmals christliche Kirchen vor dem Teufel und den Dämonen gewarnt, diese aber eben zum Zweck des Exorzismus über die Jahrhunderte hinweg ikonographisch dargestellt haben. Mit wissenschaftlicher Forschung hat diese sogenannte „Erinnerungskultur“ natürlich allenfalls marginal zu tun. Der verehrte Dolf Sternberger hätte das wahrscheinlich als Hilfswissenschaft der „Dämonologie“ bezeichnet.

Natürlich sehen sich auch die NS-Forscher seit längerem schon aufgerufen, zur moralisch aufrüttelnden Zivilreligion ihren Beitrag zu leisten, etwa, indem sie im Auftrag schuldbewusster Vorstände von Großunternehmen, Banken oder staatlichen Einrichtungen in intensiver Detailarbeit herausarbeiten, dass jede Behörde von Nationalsozialisten durchsetzt und mehr oder weniger intensiv an polit-kriminellen Untaten beteiligt war oder dass jeder größere Betrieb und viele kleinere Firmen im Krieg Zwangsarbeiter eingesetzt und an diesen verdient haben, auch, dass nicht wenige von ihnen sich an geraubtem jüdischem Vermögen bereichert oder gar beim Judenmord irgendwie mitgewirkt haben.

Blickt man auf Institutionen und Individuen, die zu der aufs Dritte Reich und den Weltkrieg bezogenen Zivilreligion beitragen, so spielt die professionelle Zeitgeschichte allerdings nicht mehr die erste Geige. Medien, Verlage, Schulen, Lobbys, Regierungen und Parlamente, zahllose Basis-Organisationen mit vielen aktiven Individuen sind wichtigere Akteure. Somit beschränkt sich der Beitrag der Zeitgeschichtsforschung im Wesentlichen darauf, Vergangenes schlicht und einfach zu erinnern und analytisch einzuordnen – zweifellos eine Hauptaufgabe jeder Geschichtsschreibung, die auch vielfach erschütternde Vorgänge ins Bewusstsein ruft. Hingegen hält sich der spezifische Erkenntnis-ertrag, wie gesagt, eher in Grenzen.

Folgt die Zeitgeschichte zur Besatzungszeit! Die Anfänge und bald auch die Höhepunkte der Forschung fielen in die Jahrzehnte von Anfang der sechziger bis in die achtziger Jahre. Auch hier kam zweierlei zusammen. Zum einen stieg jetzt eine Generation in die Forschung ein, für welche die Kriegs- und Besat-

zungsjahre sowie die Frühzeit der Bundesrepublik prägend gewesen sind, somit auch das Erkenntnisinteresse steuernd. Das verband sich zum zweiten mit der politischen Neuorientierung im westlichen Deutschland. Über die Jahre 1945 bis 1955 zu forschen (mit dem Vorlauf der alliierten Nachkriegsplnungen und der Kriegskonferenzen), das hieß zugleich schildern, erklären, doch auch teilweise kritisch kommentieren: die Rolle der Besatzungsmächte bei der gegensätzlichen Entwicklung in West und Ost, die bundesdeutsche Außenpolitik der Westbindung und die Kontroversen darüber, die Faszination durch Amerika und die Europabewegung, die Parteinahme im Kalten Krieg, die Renaissance der Demokratie im Westen Deutschlands und die Streitfragen der Teilung Deutschlands.

Wie man weiß, liefen die Bewertungen der analysierten Vorgänge bei den einzelnen Autoren auseinander. Die Motive aber auch dieser Generation waren politisch, selbst wenn sie sich stolz mit Helmut Schelsky als „skeptische Generation“ bezeichnete, weil die ihr zuzurechnenden Wissenschaftler tatsächlich meist sachlich unterkühlt und ohne ein Übermaß an volkspädagogischem Belehrungswillen schrieben. Sie wollten einfach wissen, wie es zur Bundesrepublik und ihrer Neuorientierung kam, aber auch zur Teilung Deutschland. Nicht alle aus dieser Nachkriegs-Generation von Politologen, Historikern oder Soziologen sind jedoch lehrend oder forschend an den Universitäten verblieben. Die muntersten, gestaltungsfreudigsten unter ihnen sind in die Politik gegangen und haben nur gelegentlich oder aus der Vogelperspektive die frühe und mittlere Periode der Bundesrepublik in Erinnerung gerufen.

Wie bezüglich der vorhergehenden Epochen zeigte sich erneut ein Hauptmerkmal zeitgeschichtlicher Forschung: Diese wurde anfänglich in starkem Maß von Politologen vorangebracht. Wiederum interessierte auch diesmal die zeitgenössische Geschichte, deren Akteure sich noch auf dem politischen Turf befanden oder eben in den Ruhestand gegangen waren. Während das amtliche Archivgut, besonders die VS-Sachen, noch gesperrt war, lockte jetzt die Aussicht auf das rohe, noch nicht abgekochte Fleisch, das von früheren Akteuren aus ihren Büros herausgeschleppt worden war, doch nicht zur Aufbewahrung in Tiefkühltruhen, sondern in den heimischen Kellerräumen und Garagen, bis es in den politischen Archiven diverser Stiftungen entsorgt und somit für Forscher zugänglich wurde.

Wie ersichtlich, meine Damen und Herren, habe ich eben meiner angeborenen Spottsucht etwas die Zügel locker gelassen. Aber im Ernst: Die Forschung über die Frühgeschichte und die mittlere Geschichte der Bundesrepublik ist von dem Service der Politischen Stiftungen oder der Kanzler-Stiftungen überhaupt nicht zu trennen. Hier hat die erste und auch die zweite Generation von Forschern über die Geschichte der Bundesrepublik jene Quellen gefunden, die es erlaubt haben, noch vor Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist eine realistische, quellengesättigte Geschichte dieser geglückten erneuerten Demokratie,

ihrer Parteien, ihrer Parlamente und ihrer maßgeblichen Führungsgestalten zu schreiben. Dass sich auch bei anderen Institutionen große Gewölbe voller Quellen finden, bedarf in diesem Kreis keiner Unterstreichung.

Unnötig, auch diesmal zu unterstreichen, dass die Spur diesmal wieder zu Dr. Günter Buchstab und seinen Mitarbeitern im ACDP führt. In Bezug auf die Besatzungspolitik und die Adenauer-Jahre ist aber in diesem Kontext ein zweiter Name zu nennen – Professor Hanns Jürgen Küsters, auch er einer jener Forscher, die Fragestellungen der Politischen Wissenschaft mit den historiographischen Methoden zeitgeschichtlicher Forschung verbinden. Aus seiner souveränen Zusammenschau über die Viermächte-Verhandlungen 1945–1990 zur Friedensregelung mit Deutschland, für die er den treffenden Titel „Der Integrationsfriede“<sup>8</sup> gefunden hat, werden noch künftige Generationen von Forschern schöpfen, und wer über Adenauer oder die Anfänge der europäischen Einigung arbeitet, stößt an jeder Wegbiegung auf die von ihm akribisch bearbeiteten Quelleneditionen, auf seine Bücher und auf seine Aufsätze. Ausgestattet mit der Fülle seiner Kenntnisse tritt er jetzt die Nachfolge von Dr. Buchstab an und wird die Archivpolitik und die zeitgeschichtliche Forschung von den Anfängen der alliierten Deutschlandplanungen im Zweiten Weltkrieg bis ins frühe 21. Jahrhundert in der bereits gepflügten breiten Spur zu halten wissen.

Bekanntlich sind seit langem auch die professionellen Historiker in größeren Kolonnen auf die Felder Besatzungspolitik, Frühgeschichte und mittlere Geschichte der Bundesrepublik eingeschwenkt. Ich möchte in diesem Kreis nur einen von ihnen voller Respekt nennen, der heute sicher gerne hier dabei sein möchte: Klaus Hildebrand. Anfangs interessierte besonders die politische Geschichte, bald fand auch die Sozialpolitik starkes Interesse, schließlich die gesellschaftlichen Veränderungen, die Alltagsgeschichte, die Technikgeschichte und die Geistesgeschichte. Auch in der Zeitgeschichte ist der Nutzen von Großprojekten erkannt worden. Ich nenne nur die Bayern-Projekte des Instituts für Zeitgeschichte, die maßgeblich von Günther Schulz und Hans Günter Hockerts vorangetriebene „Geschichte der Sozialpolitik“<sup>9</sup> oder die Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland<sup>10</sup>, die heute schon für die Jahre 1949–1953 und 1963–1978 eine verlässliche Quellenbasis

8 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000.

9 *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 3: Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Hg. von Günther SCHULZ, Baden-Baden 2005; Band 5: *Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*. Hg. von Hans Günter HOCKERTS, Baden-Baden 2006.

10 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1968–1973*, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Haupthrg. Hans-Peter SCHWARZ, Wiss. Leiter Rainer A. BLASIUS, München 1999–2004.

erschlossen hat, möchte aber auch die „Rhöndorfer Ausgabe“<sup>11</sup> der Briefe und Teegespräche Adenauers nicht völlig unerwähnt lassen. Doch das breite Feld wird weiterhin von zahllosen Monographien abgedeckt. Viele von diesen sind Dissertationen.

Um nicht zu sehr im Allgemeinen zu verbleiben, nenne ich nur einige wenige Titel, die illustrieren, wie breit solche Tiefbohrungen streuen: Wilfried Mausbach, *Zwischen Morgenthau und Marshall* (1996); Michael Borchard, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion* (2000); Andreas Grau, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (2005); Stefan Marx, Heinrich Köppler (2006) oder Daniel Kosthorst, *Brentano und die deutsche Einheit* (1996) und Birgit Ramscheid, *Herbert Blankenhorn* (2005). Wer sich auskennt, mag bemerkt haben, dass dies alles Autoren sind, deren Arbeiten unter den derzeit 54 Titeln der „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ Aufnahme gefunden haben, was uns wiederum zur Konrad-Adenauer-Stiftung und ganz besonders zu Günter Buchstab zurückführt.

Gegenwärtig hat die in voller Breite voranschreitende Forschung die Jahre des Bundeskanzlers Helmut Schmidt erreicht. Die Besatzungszeit interessiert die Zeitgeschichts-Forscher inzwischen kaum mehr und die Öffentlichkeit schon gar nicht, es sei denn, man fragt sich gelegentlich verwundert, weshalb es eigentlich zu den ziemlich willkürlich zusammengewürfelten Bindestrich-Ländern kam oder man möchte wissen, welche Rolle in der Geschichte der Print-Medien und E-Medien eigentlich die alliierte Lizenzpolitik und die Rundfunkpolitik gespielt haben. Das Berlin-Problem, die Schuldfrage für die Teilung Deutschlands oder den Kalten Krieg, auch das Problem der Stalin-Noten im Frühjahr 1952 – dies alles ist politisch gewiss nicht uninteressant geworden, aber doch weniger interessant als vor dem Umbruch der Jahre 1989/90. Das heißt aber: Auf vielen Felder, auf denen einstmal ein munterer Historikerstreit herrschte, ist es ruhiger geworden. Alles in allem, so möchte ich meinen, sind die Jahre 1945 bis 1980 kreuz und quer, in Längsschnitten, in Fallstudien, in Biographien und in Vergleichsstudien mit den Entwicklungen in anderen Ländern Westeuropas vergleichsweise gut erforscht, auch wenn natürlich noch vieles zu tun bleibt. Sogar zu den achtziger Jahren liegt schon viel vor. Ich denke etwa an die Gesamtdarstellung zu den Jahren 1982 bis 1990 von Andreas Wirsching<sup>12</sup> und oder eine Fülle quellengestützter Studien zur Deutschland-

---

11 ADENAUER, *Rhöndorfer Ausgabe*, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, hg. von Rudolf MORSEY/Hans-Peter SCHWARZ, Berlin/Paderborn 1983–2009.

12 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006.

politik, ganz besonders aber zur Geschichte der Wiedervereinigung 1989/90, neuerdings die Darstellung von Andreas Rödder<sup>13</sup>.

Dank dem Beitritt der DDR mitsamt ihren viele Kilometer langen Quellenbeständen zur Bundesrepublik gehört nun auch die Geschichte der DDR in den Forschungsbereich bundesdeutscher Zeitgeschichte. Manchmal wird dabei vergessen, dass sich Politologen, doch auch Historiker, auch schon vor 1989 unter Auswertung offener Quellen mit der DDR-Geschichte befasst hatten – manche lagen dabei durchaus richtig, wie die neueren Forschungen zeigen, andere krabbelten an der Fehlhalde herum, wenn sie in der DDR einen zweiten Weg zur sozialen und wirtschaftlichen Moderne erkennen wollten. Jetzt lässt sich auf lückenloser Quellenbasis im einzelnen dartun, weshalb die DDR durchgehend ein langer Weg in die Sackgasse gewesen ist, zudem eine Wiederauflage obrigkeitsstaatlicher Gängelei und Ausspähung, wie sie einstmals nur für besonders intolerante und infame, größere oder kleinere spätabsolutistische Territorien im Deutschland des 18. Jahrhunderts kennzeichnend gewesen ist und dann nochmals in der Metternich-Zeit der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Als sich Dutzende begabter zeitgeschichtlicher Doktoranden auf die Bonanza der weit geöffneten DDR-Archive warfen, haben das manche Historiker der „alten Bundesrepublik“ gelegentlich bedauert. Mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung drehten sich die öffentlichen Diskussionen zur Zeitgeschichte nun in starkem Maß vorwiegend um die DDR-Geschichte oder aber um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Dass die Demokratie der Bundesrepublik und die bundesdeutsche Gesellschaft ihre eigene, inzwischen schon lang dauernde, durchaus des Erinnerns und der Erhellung würdige Geschichte besitzt, wurde etwas vergessen. Doch wer möchte es jungen, hungrigen Historikern und Historikerinnen verdenken, wenn sie Appetit auf rohes Fleisch haben, und das schien eben in den Archiven der DDR zu liegen!

Allerdings lässt sich heute nicht ganz verschweigen, dass verschiedenste Akteneeditionen und Monographien zur DDR-Geschichte genauso grau und deprimierend sind wie die alte DDR selbst. „Bonjour tristesse“ könnte man mit einem Buchtitel aus meinen jungen Jahren sagen. Alles in allem ist die DDR-Geschichte heute forschungsmäßig genauso kreuz und quer erhellt wie die westdeutsche Geschichte der Jahre 1945 bis 1980. Gewiss wird auch die DDR-Forschung nie aufhören. Überwältigende Entdeckungen oder ganz neuartige Forschungsperspektiven scheinen aber vorerst nicht mehr zu erwarten.

Auch in dieser Beziehung ist das ACDP mit Herrn Dr. Buchstab zu erwähnen. Mit den Archivalien der Ost-CDU ist ein nicht ganz unwichtiger Quellen-

---

13 Andreas RÖDDER, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

bestand nach Sankt Augustin gelangt und hat schon zu sehr aufschlussreichen Veröffentlichungen geführt. Pars pro toto nenne ich nur die Darstellungen der besonders dramatischen, doch auch bedrückenden Jahre der Ost-CDU 1948–1952 von Michael Richter (1991) und von Ralf Thomas Baus: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der SBZ 1945 bis 1948* (2001).

Bleibt die Geschichte der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. Heute sind das schon mehr als 18 Jahre – länger als die Weimarer Republik, viel länger als die zwölfjährige Geschichte des Dritten Reiches. Ein Historiker oder Politologe ist vom Jahr 1990 zeitlich genauso weit entfernt wie einstmals, im Jahr 1964, die damaligen Forscher vom Jahr 1945. Dabei sind aber die Quellen bezüglich der Jahrzehnte seit 1990 um ein Vielfaches besser erschlossen und leichter zugänglich als sie dies 1945 in Bezug auf die Besatzungsjahre oder die Frühgeschichte der Bundesrepublik gewesen sind.

Wer nicht bloß in der Forschung, sondern zugleich in der akademischen Lehre tätig ist, kann und darf nie vergessen, dass er sich heute Studierenden gegenüber sieht, die 1990 noch in den Windeln lagen, jedenfalls kein politisches Bewusstsein besaßen. Diesen Studierenden gegenüber, doch genauso mit Blick auf eine breitere Öffentlichkeit, haben Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte eine Bringschuld bezüglich der Jahre 1990 bis 2009 – genauso wie meine Generation eine Bringschuld empfunden hat, als wir Mitte und Ende der sechziger Jahre unsere Vorlesungen und Seminare zur Zeitgeschichte von der Kriegszeit bis zum Ende der Adenauerzeit zu konzipieren hatten. Wie in den früheren Phasen sind die Politologen naturgemäß auch diesmal wieder zuerst am Ball. Aber man möchte doch wünschen, dass auch die historiographischen Profis zum einen ihre diesbezüglichen Aufgaben erkennen und zum anderen die archivalischen Schätze entdecken, die nicht zuletzt in den weiten Kellergewölben des ACDP auf sie warten.

Lassen Sie mich also nach diesem gerafften, fast verboten raschen und gewiss auch subjektiven Gang über die Felder bundesdeutscher Zeitgeschichte einige Desiderate für die Forschung ansprechen, dazu einige durchgehende Themen, die der gründlichen Untersuchungen harren, aber auch für die Lehre von Bedeutung sind.

Um Ihre Geduld nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, trage ich in geraffter Kürze eine diesbezügliche Punktation vor:

1. Unentbehrlich für die Forschung, doch genauso für die akademische Lehre sind weiterhin Werke mit Langzeitperspektive, also Gesamtdarstellungen wichtiger Bereiche, z. B. zum Parteiensystem und zur Entwicklung einzelner Parteien, zur Sozialpolitik, zur Außenpolitik, zur Technologiepolitik usw., auch Arbeiten über einzelne Bundesländer. Dabei verschlägt es nichts, wenn die Autoren von Längsschnittdarstellungen oder von Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik recht unterschiedliche Akzente setzen. Histo-

risches Erkennen ist perspektivisch. Wahre Zeitbilder ergeben sich nur im Licht verschiedenartiger Perspektiven.

Niemanden wird es erstaunen, wenn ich unter den Darstellungen mit Langzeitperspektive auch auf den Wert von Biographien verweise. Ich denke dabei nicht an Psycho-History und ähnliche Versuche, sondern an den klassischen biographischen Ansatz „The Life and Times“, der den Weg eines interessanten Menschen im Wandel der Zeiten zeigt und dabei auch auf die Geschichte der Epochen, die dieser durchschritten hat, einiges Licht fallen lässt. Dabei interessieren nicht allein die Biographien des politischen Großwilds, so wichtig diese auch sein mögen. Genauso reizvoll sind Biographien anderer interessanter Menschen – zum Beispiel Künstler und Künstlerinnen, Techniker, Manager, Schriftsteller, Journalisten oder Verleger. Ob Professoren wirklich zu den interessanten und somit biographiewürdigen Zeitgenossen gehören, wie manche aus dem Nachwuchs meinen, die das pralle Leben nicht kennen, selber nichts Ernsthaftes erlebt haben und an Studien über Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Theodor Schieder und anderer Größen vergangener Jahrzehnte gar nicht genug kriegen können, möchte ich eher bezweifeln.

2. Zu den wichtigen Desideraten gehört sicherlich das Thema Globalisierung der bundesdeutschen Wirtschaft. Hier könnten vor allem Fallstudien weiterhelfen. Vielleicht reizt es einmal jene zahlreichen Historiker, die seit Jahren mit mikroökonomischen Studien über Konzerne, Banken oder große Privatunternehmen im Dritten Reich befasst sind, und das mit abnehmendem Erkenntnissertrag, ihre firmengeschichtlichen Kenntnisse endlich einmal auf die Jahre 1945 bis 2009 anzuwenden. Die 30-Jahre-Sperre auf amtliches Archivgut wäre dabei kein Hinderungsgrund. Nur die Inhaber und das Management müssten zustimmen.

Wie bereits erwähnt, hat sich auch die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung von Anfang an durch die Sorge vor einem Wiederaufleben des Nazismus oder auch durch die Sorge vor den Einwirkungen des DDR-Kommunismus bzw. der Neo-Marxisten seit 1967ff. alarmiert gezeigt und bei ihren Forschungen bestimmen lassen. Heutzutage kommen die potentiellen Erschütterungen oder doch Probleme der heutigen Demokratie aus jenen Dimensionen, die man mit den Stichworten Globalisierung und Europäisierung bezeichnet. Auf diesen Feldern besteht Forschungsbedarf.

3. Lassen Sie mich einen weiteren Bereich nennen, auf den ich gerne aufmerksam mache, wenn von Forschungsdefiziten zur Geschichte der Bundesrepublik die Rede ist. Ich meine die Verfassungspolitik, überhaupt die Rechtspolitik, und in diesem Zusammenhang die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Diesbezüglich finden sich große weiße Flächen auf der historiographischen Landkarte: die Richterwahlen in den vergangenen drei Jahrzehnten, die Entscheidungsprozesse im Gericht selbst, die Rolle wichtiger Richterpersönlichkeiten –, das alles ist noch nicht systematisch erforscht wor-

den, genauso wenig wie die Wirkungsgeschichte, die die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung ausübt. Auch die Zusammenhänge zwischen dem jeweils in der Jurisprudenz vorherrschenden Zeitgeist und der Rechtsprechung bedürften der Untersuchung. Vielfach wird zwar registriert, dass die Bundesrepublik einem schleichenden Verfassungswandel unterliegt. Doch die deutschen Historiker lassen solche und andere rechtspolitischen Probleme mit ganz wenigen Ausnahmen kalt. Auch im öffentlichen Recht spielt die Verfassungsgeschichte, in der deutsche Staatsrechtler einstmals weltweit führend waren, leider nur eine nachgeordnete Rolle.

4. Zu den Forschungsdesideraten deutscher Zeitgeschichte gehört auch die Frage, wie stark die Europäisierung im vergangenen Vierteljahrhundert unser politisches System grundlegend verändert hat (Industriepolitik, Regionalpolitik, Landwirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, selbst die Reservatbereiche der Länder, wenn wir an den so genannten Bologna-Prozess denken). Die Auswirkungen der Europäisierung der Gesetzgebung wirken sich bis in die Bereiche privatester Lebensführung aus, wenn sich beispielsweise die EU-Kommission aufgerufen sieht, den Rauchern in 27 Ländern das Leben zu vergällen, also auch Günter Buchstab, angeblich, um Hunderttausende von Passivrauchern zu retten.

Zahlreiche Politologen und Europarechtler, die über die Brüsseler Entscheidungsebene arbeiten, informieren zwar bestens über die dortige Gesetzgebung im heutigen Mehrebenensystem. Doch dass die Europäisierung im letzten Vierteljahrhundert „eine andere Republik“ geschaffen hat, hat die deutsche Zeitgeschichtsforschung noch nicht richtig entdeckt, von vertiefter Erforschung ganz zu schweigen. Die zünftigen Historiker sollten sich stärker als bisher mit diesen zugegebenermaßen schwer zu erhellenden Zusammenhängen befassen und nicht alles nur den Politologen und den Europarechtlern überlassen. Hier besteht jedenfalls großer Forschungsbedarf.

5. In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den Disziplinen, die Zeitgeschichte betreiben. Geschichte ist zu wichtig, als dass man sie allein den professionellen Historikern überlassen dürfte. Man mag über den Wert der heute hoch gelobten Großprojekte unterschiedlicher Meinung sein. Aber wenn schon von den Einrichtungen, die Forschungsförderung betreiben, zeitgeschichtliche Großprojekte gefördert werden, dann bitte noch viel konsequenter als bisher fächerübergreifend, also – je nach Thematik – unter Einbeziehung von Politologen, Wirtschaftshistorikern, Technik-Experten, Verfassungsrechtlern, Europarechtlern und – sofern diese noch empirisch arbeiten – auch von Soziologen. Neugieriger als bisher sollte die Zeitgeschichte die reale Welt dort aufsuchen, von wo aus sich direkte oder indirekte politische Einflüsse ergeben – also Unternehmen, Gewerkschaften, Parlamente, die international aktiven NGOs, die europäischen Institutionen oder die UN-Familie. Deutsche Historiker leisten der Vereinigung Europas oder der kosmopolitischen Orientierung zwar gerne

Lippendienste, wissen aber meist wenig Genaueres darüber zu sagen, wie die zahllosen äußeren Faktoren, die aus der EU oder aus der Welt globaler Organisationen stammen, unser Land beeinflussen und verändern.

6. Es mag deutlich geworden sein, dass die historische Aufarbeitung der deutschen Zeitgeschichte immer auch ein Generationenprojekt gewesen ist. Der Vorstoß auf neue Felder der neuesten Zeitgeschichte wurde meist von jüngeren Wissenschaftlern gewagt, die sich bei ihren Fragestellungen von den jeweils zeitgenössischen Problemen leiten ließen. Natürlich haben sich die Fächer Politische Wissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte oder Wirtschafts- und Sozialgeschichte weiterhin mit der ganzen Breite der Zeitgeschichte zu befassen – vom Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik an bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Aber zu wünschen und zu hoffen bleibt doch, dass sich jüngere, ehrgeizige Zeithistoriker und auch einige der bereits etwas älteren an die neueste Zeitgeschichte der letzten 20 Jahre heranzuwagen. Ich habe dies in anderem Zusammenhang schon öfter ausgeführt, halte mich aber an den Rat Mephistos: „Du mußt es dreimal sagen!“ Viele der relevanten Archivalien sind – hier darf ich ein letztes Mal Herrn Dr. Buchstab rühmend nennen – im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung gesammelt, die Pressedokumentation ab 1994 sogar auf EDV-Dateien.

7. Und da wir uns hier in der Adenauer-Stiftung treffen, darf auch bei dieser Gelegenheit mit einigem Nachdruck angeregt werden, vor allem die Geschichte der CDU und der unionsgeführten Regierungen wie bisher schon zum Gegenstand der Forschung zu machen. Immerhin war die CDU jene Partei, die allein in den 19 Jahren seit der Wiedervereinigung zwölf Jahre lang den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin gestellt hat, dazu viele Ministerpräsidenten der Länder – von den Heroenzeiten Adenauers oder Helmut Kohls ganz zu schweigen. Auch die Oppositionsjahre der CDU 1969 bis 1982 oder von 1998 bis 2005 sind, wie wir wissen, stets durchaus spannend gewesen. Wer also keine Scheu davor hat, sich bei der Beschäftigung mit der „Geschichte, die noch qualmt“ die Finger zu verbrennen oder verräuchert zu werden, der sollte auf dieses Feld einsteigen. Die Früchte der archivalischen Sammlerleidenschaft von Günter Buchstab und seinem Team warten darauf, dass man sie pflückt, zersäbelt, verkocht, schmackhaft zubereitet und anständig serviert.